Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisteramtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Robelstr. 6. Fernruf 92 und 97. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 89 | Donnerstag, den 31. März | Jahrgang 1927

Die überlasteten Finanzämter

Nach der an dieser Stelle vor kurzem besprochenen Denkschrift des Reichsfinanzministeriums beliefen sich die Rückstände an Reichssteuern am 1. Oktober v. Js. auf über 620 Millionen Mark, wovon nur etwa die Hälfte gestundet war. Der Abgeordnete Dr. Hertz hat unwidersprochen die Steuerrückstände für den 1. Januar auf 700 Millionen Mark geschätzt, und es ist anzunehmen, daß sie inzwischen nicht geringer geworden sind. Daß die Hälfte der Steuerschulden hat gestundet werden müssen, hängt natürlich mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammen, mit denen leider Gottes die Gegenwart überreich gesegnet ist. Dagegen ist die Tatsache, daß 300 Millionen Mark Steuerrückstände vorhanden sind, zu deren Eintreibung von den Finanzämtern überhaupt noch nichts unternommen worden ist, ein Beweis dafür, daß der Betrieb in den Finanzämtern nicht überall klappt. Und warum klappt er nicht? Weil es an der nötigen Anzahl Arbeitskräfte fehlt.

Von unterrichteter Seite wird uns versichert, daß die Finanzverwaltung einfach nicht mehr in der Lage sei, ihren Aufgaben nachzukommen. Tausende von Steuererklärungen könnten garnicht bearbeitet werden. Es werde einfach der Schlußbetrag, wie er angegeben sei, als richtig angenommen und danach die Steuer berechnet. Viele Tausende von Fällen gebe es, die an sich steuerpflichtig wären, wo aber keine Steuern gezahlt würden, weil die Finanzämter garnicht in der Lage seien, den Dingen nachzugehen. Und es gebe noch viel mehr Fälle, wo von Steuerdefraudation gesprochen werden müsse. Wenn man nun diesen Zuständen gegenüberhält, daß den Lohn- und Gehaltsempfängern die Steuern an der Quelle abgezogen werden, daß also von den Arbeitnehmern das, was des Reiches ist, bis auf den Pfennig genau regelmäßig abgeführt wird, so muß man doch mit Entschiedenheit betonen, daß die durch fehlende Arbeitskräfte zwangsweise ungenügende Behandlung von Steuerschuldnern aus anderen Schichten der Bevölkerung unmöglich weiter zu ertragen ist.

Gewiß befinden sich unter den Rückständigen sehr viele, die nicht wissen, wie sie, ohne ihre Existenz zu ruinieren, die Steuern aufbringen sollen. Deshalb ist von uns bereits gefordert worden, daß die Finanzämter bei der Eintreibung der rückständigen Steuern Energie mit wirtschaftlichem und sozialem Verständnis paaren müssen. Aber damit allein wird nicht viel erreicht Es fehlt, wie gesagt, an Beamten, die dem Uebel an die Wurzel gehen. Man hat im Laufe der Zeit eine Menge Steuergesetze gemacht, sich aber um ihre Ausführung wenig bekümmert, sodaß wir, wenn man die Dinge so weiter treiben ließe, einem Zusammenbruch der Steuerverwaltung in schneller Fahrt zusteuern würden. Das hat man im Reichsfinanzministerium übrigens schon unter der Leitung von Dr. Reinhold eingesehen. Denn als sein Nachfolger sein Amt antrat, fand er bereits eine Vorlage ausgearbeitet vor, in der 5000 neue planmäßige Beamtenstellen für die Finanzverwaltung angefordert wurden. Der setzt in den demokratischen Blättern tagaus tagein mit mehr oder weniger gehässigen Angriffen bedachte Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat, nachdem er sich über die in der Verwaltung herrschenden Zustände informiert hatte, diese Forderung abgelehnt, aber doch 1750 neue Stellen als das allermindeste bezeichnet, was wir brauchen, damit die Finanzverwaltung den an sie gestellten Anforderungen genügen könne. Nun werden aber demnächst bei einigen Reichsämtern, wie beim Reichsentschädigungs- und beim Reichsausgleichsamt, etwa 700 Beamte beschäftigungslos, die natürlich wieder beschäftigt werden müssen. Man hat deshalb in Zentrumskreisen die Meinung geäußert, ob sich der Reichsfinanzminister nicht zunächst mit etwa 900 bis 1000 Beamten begnügen könne. Wie der Minister hierüber denkt, wissen wir nicht. Wohl dagegen ist uns bekannt, daß der Reichssparkommissar sich mit der Forderung Dr. Köhlers ausdrücklich einverstanden erklärt hat, und daß er die Ueberzeugung vertritt, daß es im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung liegt, wenn eine bessere Steuererfassung Plo'z greift. Es wird darum wohl so kommen, daß die angeforderten 1750 Planstellen bewilligt werden.

Die Bewilligung wird, darüber sind wir uns nicht im Unklaren, von vielen unserer Zeitgenossen mißbilligt werden. Ueber nichts wird ja so viel geschimpft, die über die Finanzämter und ihre Beamten. Namentlich in der Landwirtschaft ist man auf sie schlecht zu sprechen. Man weist auf die Zeit vor der Steuerreform Erzbergers hin, wo ein längst nicht so großer Apparat genügt habe. Das ist gewiß richtig, aber damals hatten wir auch längst nicht so viel Steuern und nicht so große wirtschaftliche Schwierigkeiten, die den pünktlichen Eingang der Steuern verhindern. Und liegt es nicht zum großen Teil auch an den überspannten Steuersätzen, daß die Finanzämter so unbeliebt sind? Gewiß kommt hier und da einmal ein Mißgriff vor, aber man darf doch nicht übersehen, daß die Finanzbeamten bemüht sind, ihre Pflichten zu erfüllen. Sie haben oft tage- und wochenlang zu arbeiten, ohne daß etwas dabei herauskommt. Sind doch, wie uns glaubhaft versichert wird, durch die Einheitsbewertung in manchen Gegenden 50 Prozent des Grundvermögens einfach von der Bildfläche verschwunden. Wo sie geblieben sind, muß aufgeklärt werden. Also Arbeit für die Finanzämter, die überflüssig wäre, wenn alle Steuerpflichtigen ehrlich wären. Die Finanzbeamten tragen jedenfalls nicht die Schuld daran, daß sie sich dieser Arbeit unterziehen müssen. Oder kann man etwa den Protest des Hansa-Bundes unterstützen, der dagegen erhoben wird, daß die Steuerrückstände eingetrieben werden sollen? Zeigt nicht vielmehr das Verlangen, daß weit über eine halbe Milliarde Mark dem Reich entgehen sollen, wie weit wir schon gekommen sind? Ist dies Verlangen nicht auch eine ungeheure Unbilligkeit gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern, die treu und brav über eine Milliarde Mark an Lohnsteuern im vergangenen Jahre aufgebracht haben?

Nicht bestritten werden kann, daß wir ein Zuviel an Steuern haben, daß durch die zahlreichen Steuerarten Regimenter von Finanzbeamten notwendig sind, die bei einer Konzentrierung auf einige wenige Steuern z. Teil überflüssig sein würden. Darum ist Steuervereinfachung ein dringendes Gebot. Leider muß man aber feststellen, daß vom Reichstag diesem Gebot bisher wenig Rechnung getragen worden ist. Allerdings hat man im vorigen Jahre die Weinsteuer abgeschafft, und jetzt soll ihr ja auch die Weinsteuer in den Gemeinden folgen. Dafür aber krempelt man die Gemeindegetränkesteuer total um und lädt damit der kommunalen Steuerverwaltung neue Arbeit auf. Sinnvoll ist das wahrhaftig nicht. Wenn es schon infolge der auf dem deutschen Volke wuchtenden Dawes-Lasten nicht zu vermeiden ist, daß in Deutschland mehr Steuern gezahlt werden müssen als in jedem anderen Lande, so sollte man doch dem Steuerzahler das Leben mit einer bunten Mannigfaltigkeit an Steuererklärungen und Steuereinschätzungen, nicht allzu schwer machen. Wenige, aber einfach zu erfassende u. ergiebige Steuerarten und vor allem gerechte! Die Verwirklichung dieser Forderung ist gewiß keine leichte Aufgabe; wie notwendig es aber ist, an sie heranzugehen, dazu mag auch der Hinweis darauf genügen, daß kleine Gewerbetreibende heute schon gezwungen sind, einem Steuerbuchhalter im Nebenamt Beschäftigung zu geben, daß sie also, um nicht zu sehr mit den Steuerkassen in Konflikt zu geraten und bei Erklärungen und Einschätzungen nicht zu sehr geschädigt zu werden, einen besonderen Ausgabeposten in ihren Etat einsetzen müssen. Und dabei haben sie dann oft immer noch nicht die Garantie, daß nun alles richtig läuft. Steuerreform tut bitter not, sowohl im Hinblick auf den Steuerzahler wie auf die Finanzämter. Der provisorische Finanzausgleich wird nun ja wohl noch einmal auf zwei Jahre verlängert werden. Wenn diese zwei Jahre aber nicht zur Vorbereitung einer gründlichen Steuerreform ausgenützt werden, dann wird die Steuerverdrossenheit im Volke überhand nehmen. Im Interesse des Reiches, der Länder und Kommunen liegt es, daß dieser Zustand vermieden wird.

Die Mißtrauensanträge gegen Geßler abgelehnt.

Beendigung der zweiten Lesung des Reichswehretats.

Die Selbstmorde in der Reichswehr. — Wiedereinführung der Offiziersepauletten. — Die Marineneubauten.

Von unserer Berliner Redaktion.

=:, Berlin, 30. März (Drahtb.).

Auch der Mittwoch galt im Reichstag noch der Beratung des Wehretats. In der Hauptsache handelte es sich um eine sogenannte Nachlese, die die dritte Rednergarnitur vornahm. Reichswehrminister Dr. Geßler ergriff im Laufe der Debatte viermal das Wort, um Auskunft über einzelne Fälle zu erteilen oder um verschiedene Behauptungen der Oppositionsredner richtig zu stellen. Alles Mögliche wurde in den Bereich der Erörterungen einbezogen, so bessere Unterbringung der Soldaten nach der vieljährigen Dienstleistung, die Selbstmorde in der Armee, Differenzen zwischen Militärbehörden und Kantinenpächtern usw. Forderungen bezügl. Ausbau der Marine wurden von den Wortführern des Zentrums und der Deutschnationalen erhoben. Die Abstimmungen am Schluß der Aussprache zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Daß die Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Dr. Geßler abgelehnt wurden, war nach dem Verlauf der Debatte eine Selbstverständlichkeit. Schließlich wurde das Gehalt des Ministers und der übrigen Positionen des Etats gegen die Stimmen der Opposition bewilligt.

*

Sitzungsbericht.

=:= Berlin, 30. März.

Die Sitzung des Reichstags begann damit, daß der Notetat ohne Aussprache verabschiedet wurde. Hierauf wurde die zweite Lesung des Wehretats fortgesetzt.

Abg. Lucke (Wirtsch. P.) bemängelte, daß sich drei verschiedene Ministerien mit der Unterbringung der entlassenen Soldaten in Zivilberufe befassen. Der Redner empfahl eine Erhöhung der im Etat des Arbeitsministeriums vorgesehenen Summe von 48 000 M zur Unterbringung von Versorgungsanwärtern im Wirtschaftsleben.

Abg. Dr. Moses (Soz.) behandelte das Kapitel der Selbstmorde in der Reichswehr. Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche in der Reichswehr sei von 140 im Jahre 1921 auf 184 im Jahre 1924 gestiegen und sei dann auf 136 Fälle im Jahre 1926 gesunken. Den Angaben der Heeresverwaltung, daß Mißhandlungen durch Vorgesetzte bei den Selbstmorden kaum in Frage kämen, stehen wir auch heute noch skeptisch gegenüber. Die Ursache der Selbstmorde liege innerhalb des Systems. Der Redner forderte für die Reichswehr eine bessere Erziehungsmethode nach der staatsbürgerlichen Richtung hin. Wenn man mehr Vertrauen für die Reichswehr verlange, dann müsse man von der Reichswehr, insbesondere von den Offizieren, mehr Vertrauen in die Republik verlangen.

Reichswehrminister Dr. Geßler erklärte, daß wir **hinsichtlich der Selbstmorde vor einem schwierigen Problem** stehen. Das Problem spielt nicht nur bei uns eine Rolle, sondern auch anderswo, im österreichischen Heer und in der Schupo. Hinsichtlich der Seelenmißhandlungen haben wir nur die Möglichkeit, die Mißhändler den ordentlichen Gerichten zu überliefern. Erst wenn dort eine Verurteilung erfolgt ist, können wir die Betreffenden als unwürdig hinausstun. Wenn in einigen Abteilungen systematische Mißhandlungen vorgekommen seien, so haben die verantwortlichen Offiziere damit den Nachweis erbracht, daß sie die Befähigung für ihre Stelle nicht haben. (Zustimmung.) Wenn in einem Falle ein Gerichtsurteil nicht erfolgte, so werden wir auf Grund der Bestimmungen des Wehrgesetzes die Konsequenzen insofern ziehen, als wir absolut zur Kündigung greifen. Der Minister stellte fest, daß er auf das Militärwochenblatt keinerlei Einfluß habe und daß das Blatt keinerlei Subventionen erhalte.

Abg. Kopsch (Dem.) wies auf die Nachteile der privaten Kantinenpachtverträge hin.

Reichswehrminister Dr Geßler: Natürlich gibt es Differenzen zwischen Kommandeuren und Kantinenpächtern, nämlich wegen Schuldenmachen und alkoholischer Exzesse. Deshalb muß der Kommandeur Einfluß behalten.

Abg. Kuhnt (S.) wendet sich dagegen, daß das kleine Heer 160 Musikkapellen hat. Der Redner beantragt Streichung der Musikmeisterstellen usw.

Abg. Eggerstedt (S.) hat beim Stapellauf des Kreuzers „Königsberg" die Flagge Schwarz-Rot-Gold vermißt (Hört! Hört! bei den Soz.) Nach den Femeprozessen könne Dr. Geßler nicht mehr bestreiten, daß es eine Schwarze Reichswehr gegeben habe.

Reichswehrminister Dr. Geßler: Ich habe den Kampf gegen die Verbindung der Reichswehr mit den Wehrverbänden jahrelang geführt. Sie können mir höchstens vorwerfen, daß ich nicht genug Erfolg gehabt habe. Aber das ist auf Gründe zurückzuführen, über die ich nur im Femeausschuß sprechen kann. Disziplinarisch einschreiten kann ich erst, wenn die ordentlichen Gerichte gesprochen haben. Der Reichstag hat es selber so gewollt. Ich bin ferner auf die Polizei angewiesen. Ein eigenes Spitzelsystem habe ich nicht aufziehen wollen. Ich

habe mich allerdings auf die Offiziere verlassen.

Aber ich habe ja niemand anders. In den Jahren der Erregung haben wir uns wohl alle politisch ein wenig verstiegen. Ich weiß, wieviel bei uns noch zu bessern ist. Aber ich habe in all diesen Jahren die Reichswehr erst aufbauen müssen und war mit Aufgaben überlastet. Ich habe mit tausend Schwierigkeiten zu kämpfen. Es ist nicht leicht, an Stelle eines Mannes, den man fallen läßt, einen neuen zu stellen. Ich habe

für unsere Offiziere keine goldstrotzenden Uniformen beantragt, sondern nur Helm und Epauletten.

Man kann doch zu einer gesellschaftlichen Veranstaltung, wo alle mit dem Zylinder erscheinen, auch nicht im Lodenhut kommen. Die Uneinigkeit der Auslandsdeutschen ist bedauerlich. Wir haben aber angeordnet, daß z. B. bei Kranzniederlegungen schwarz-rot-gold neben schwarz-weiß-rot gezeigt wird. Daß neulich in Wilhelmshaven schwarz-rot-gold gefehlt hat, bedauere ich. Wäre ich selbst da gewesen, so hätte es nicht gefehlt, denn die Flagge des Reichswehrministers ist schwarz-rot-gold mit dem Eisernen Kreuz. Die Marinekriegsflagge ist aber auch auf Beschluß der Nationalversammlung schwarz-weiß-rot mit der Gösch und dem Kreuz, sie wird in Wilhelmshaven wohl vorherrschend gewesen sein.

Abg. Treviranus (Dntl.) vergleicht die Seerüstungen der verschiedenen Nationen. Man solle doch dem Volke nicht vorrechnen, was unsere Flotte kostet, sondern wie weit sie hinter den anderen zurückstehe.

Abg. Wegmann (Z.) erklärt, durch die falsche Sparsamkeit der Linken würden die Kosten der Marine auf die Dauer nicht vermindert, sondern vermehrt. Man müsse im Gegenteil ernsthaft prüfen,

ob wir nicht das Neubautempo verschärfen

und die kostspielige Indienthaltung der alten Schiffe aufgeben sollen. In Wilhelmshaven bestehe der Eindruck, daß man immer mehr dazu übergehen wolle, Neubauten in Kiel auf Stapel zu legen. Man solle doch zunächst einmal die Reichswerft Wilhelmshaven voll beschäftigen. Der Redner dankt der Marineleitung für die Einladung zum Stapellauf der „Königsberg". Die Feier sei würdig und schön gewesen. Aber man solle doch bei solchen Anlässen

die Farben der Republik zeigen.

(Sehr richtig! im Zentrum.) Eine Verwaltungsreform sei auch bei der Marine dringend notwendig. Bedauerlich sei, daß in den Offiziersmessen im allgemeinen Zeitungen gehalten würden, die nicht die Politik der Reichsregierung vertreten. Die letzte Verordnung des Wehrministers erwecke den Eindruck, als ob es hinsichtlich der Ehrenstreitigkeiten bei den Anschauungen des alten Heeres bleiben solle. Angehörigen der Wehrmacht müsse es verboten werden, sich am gesellschaftlichen Boykott von Personen zu beteiligen, die den Zweikampf ablehnen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Erfreulich sei, daß die Flagge der jungen deutschen Marine auch wieder im Ausland gezeigt werde. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) legt einige Exemplare der Zeitschrift „Der Reichswehrsoldat" auf den Tisch des Hauses. Diese Zeitschriften zeigen, wie in wüster Weise die Kommunisten gegen die staatliche Autorität wühlen. Die Besoldung der Ingenieure sei zu niedrig. Die Erhöhung des Marineetats sei nur zurückzuführen auf die Neubauten, die längst beschlossen seien. Diese Ausgaben seien nicht unproduktiv. Denn jedes Volk brauche eine gewisse Rüstung, wenn es nicht zum Spielball fremder Staaten werden wolle.

Rund 22 000 Arbeiter fänden bei diesen Schiffsbauten ihr Brot.

(Unruhe links). Vier Fünftel der Ausgaben beständen aus Löhnen und Gehältern. Uebrigens rüsten die anderen Länder in einer Weise, die sich mit Deutschland garnicht vergleichen lasse. Wie große Anstrengungen mache Polen, um Danzig zu bekommen. Habe es erst diese Stadt, dann könne sich auch Ostpreußen nicht länger mehr halten (Sehr richtig! rechts). Danzig sei verloren, wenn Deuschland nicht bald Polen entgegenwirke. Der zehnprozentige Abstrich am Etat würde eine Herabsetzung der Armee auf vielleicht 75 000 Mann und die Stillegung aller Schiffsneubauten bedeuten, da die Verwaltungsausgaben in gleicher Höhe bleiben würden. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei).

Reichswehrminister Dr. Geßler: Die Wahrung der Ehre ist einem Mitglied der Wehrmacht nur im Rahmen der Gesetze gestattet. Es ist ihm verboten, sein Recht zu suchen vor Ehrengerichten oder Verbänden irgend welcher

Das Reichsschulgesetz.

Erste Lesung nach Pfingsten.

)(Berlin, 29. März. Wie das „Berliner Tageblatt" von unterrichteter Seite erfahren haben will, beabsichtigt der Reichsfinanzminister v. Keudell, unmittelbar nach den Osterferien im Reichstag den Entwurf für das neue Reichsschulgesetz vorzulegen. In Kreisen der Regierungsparteien nimmt man an, daß das Gesetz noch vor Beginn der Sommerferien verabschiedet werden kann. Nach Mitteilung aus anderer Quelle soll das Reichsschulgesetz so eingebracht werden, daß es vom Reichstag noch in der Tagung nach Pfingsten in der ersten Lesung erledigt werden kann.

In verschiedenen Versionen konnte man in den letzten Tagen hören und lesen, das Zentrum und die Deutschnationalen hätten die Absicht, das Reichsschulgesetz „durchzupeitschen". Der „Vorwärts" verstieg sich sogar zu der Behauptung, „der Preis für die Teilnahme des Zentrums am Bürgerblock solle mit Beschleunigung bezahlt werden". Wir verstehen diese Aufregung nicht recht. Aller Welt ist doch bekannt, daß das Zentrum, die Bayrische Volkspartei und die Deutschnationalen schon lange vor der Neubildung des jetzigen Kabinetts die Vorlage eines Reichsschulgesetzes gefordert haben. Wenn nun die Reichsregierung die Absicht hat, dem Reichstag den Entwurf eines Reichsschulgesetzes noch in diesem Abschnitt der Tagung zugehen zu lassen, so kann aus diesem Umstand doch nur böser Wille die Schlußfolgerung ziehen, daß eine „Durchpeitschung" beabsichtigt sei. Bekanntlich geht nach der ersten Lesung im Plenum jeder Gesetzentwurf an einen Ausschuß, der sich mit der Materie gründlich zu befassen hat. Wie lange die Ausschußberatungen dauern, und wann die zweite Lesung im Plenum stattfindet, läßt sich heute selbstverständlich noch nicht absehen.

Das Gesetz zum Schutze der Republik wird verlängert.

Das am 21. Juli d. J. ablaufende Gesetz zum Schutze der Republik soll, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, verlängert werden. Die Reichsregierung werde dem Reichstage noch vor den Sommerferien eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreiten. Nach Mitteilungen, die das Blatt erhalten haben will, sei nicht daran zu zweifeln, daß die Gesamtheit des Reichskabinetts damit einverstanden sei, die wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes, die sich auf den früheren Kaiser und auf Geheimorganisationen gegen die Republik beziehen, in Kraft zu lassen. Der preußische Ministerpräsident Braun sei am Dienstag vom Reichspräsidenten empfangen worden.

Die Deutschnationalen dürften gegen die Verlängerung des Republikschutzgesetzes keinen Einspruch erheben, denn da Wilhelm II. selbst die Oeffentlichkeit hat wissen lassen, daß er zurzeit an eine Rückkehr nach Deutschland nicht denke, so entfällt für die Deutschnationalen jeder Anlaß, sich „kaiserlicher als der Kaiser selbst" aufzuspielen.

Art. Er hat sich an die vorgesetzte Dienststelle oder an die ordentlichen Gerichte zu wenden. Auf Boykotterklärungen haben wir keinen Einfluß. Es ist selbstverständlich, daß man mit jemandem, dessen Ehre nicht einwandfrei feststeht nicht verkehrt, bis die Angelegenheit geklärt ist.

Abg. Bredt (W. P.) erklärt, in der zehnprozentigen Streichung soll kein Mißtrauen gegen die Reichswehr liegen. Es handelt sich nur um eine Sparmaßnahme infolge der schwierigen Wirtschaftslage.

Zur Abstimmung erklärt Abg. Rönneburg (Dem.), seine Fraktion habe dem Gesamtkabinett sein Mißtrauen bereits ausgesprochen, sie habe keinen Anlaß, dies bei den einzelnen Ministern nochmals zu tun.

Darauf werden die Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Gegen die gleiche Minderheit wird das Ministergehalt bewilligt. Auch der Rest des Haushalts wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Abgelehnt werden dagegen zahlreiche Aenderungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Abstimmungen über die Entschließungen, also auch über die demokratische Entschließung, am Wehretat 10 Prozent einzusparen, finden wie üblich erst bei der dritten Lesung statt. Damit ist die zweite Lesung des Wehretats beendigt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 10 Uhr vormittags. Kriegslastenetat und Haushalt des Finanzministeriums.

Die Abstimmungen zum Kultusetat.

Preußischer Landtag.

× Berlin, 30. März.

Abgeordneter Obuch (Kom.) begründet die sofortige Ueberweisung eines kommunistischen Antrages an den Femeuntersuchungsausschuß, der sich gegen den Ausschluß von Vertretern der Reichs- und preußischen Staatsregierung, sowie des Landtagsuntersuchungsausschusses anläßlich einer nichtöffentlichen Sitzung des Wilmsprozesses wendet und Auskunft darüber verlangt, was in dieser Geheimsitzung des Gerichts beschlossen wurde Das Haus beschließt gemäß dem kommunistischen Wunsche.

Dann wird die zweite Lesung des Haushalts des I[illegible] mit der Weiterführung der allgemeinen Aussprache zum Abschnitt „Polizei und Landjägerei" fortgesetzt. Abg. Dr. Metzenthin (D. Vp.) tritt für Besserung der Besoldungsverhältnisse, namentlich der Kriminalbeamten ein. Das neue Polizeibeamtengesetz sichere nicht die lebenslängliche Anstellung der Schutzpolizei, die durchaus notwendig sei. Nach den letzten Verhandlungen des Beamtenausschusses scheine es, daß neben den Offizieren noch geheime Persönlichkeiten arbeiten, um unzulässige Anweisungen zu geben.

Bevor der nächste Redner das Wort nehmen kann, ruft ein Tribünenbesucher in den Saal: „10 Prozent Miete verlangt Ihr mehr. Aber keinen Pfennig mehr Rente wollt Ihr uns Kriegsbeschädigten geben!") Der Tribünenbesucher wird auf Anweisung des Präsidenten ausgewiesen und verläßt unter Drohungen gegen die Rechtsparteien den Saal

Abg. Bartels-Hannover (D.) bezeichnet den Minister als verantwortlich dafür, daß er den Staat schert, indem er die Polizei zu einem zuverlässigen Machtinstrument macht. Die Fememorde hätten gezeigt, daß es Aufgabe der Polizei gewesen sei, darauf aufmerksam zu machen. Ernstlicher Dank gebühre der Polizei dafür, daß sie durch ihr energisches Einschreiten Schlimmeres verhütet habe. (Beifall bei den Demokraten) Das Verhältnis der Bevölkerung zur Polizei sei heute vertrauensvoller und besser als früher Der Minister habe die Pflicht, besonders angesichts des Stahlhelmtages am 8. Mai in Berlin, die Bevölkerung vor Exzessen zu schützen, insbesondere seitdem Herr Ehrhardt dort eine Rolle spiele. Im einzelnen verlangt der Redner noch bessere Besoldung der Polizeibeamten, namentlich auch der unteren Polizeioffiziere, vermehrte Förderung der sportlichen Einrichtungen der Polizei und ein vernünftiges Polizeibeamtengesetz.

Das Haus unterbricht die Aussprache zur Vornahme der noch zu erledigenden Abstimmungen zum Kultushaushalt.

Das Ministergehalt wird mit 191 gegen 150 Stimmen genehmigt. (Beifall in der Mitte). Namentlich abgestimmt wird hierauf über die Aufrechterhaltung oder Streichung der pädagogischen Akademie in Frankfurt am Main. Der Ausschuß war für die Streichung gewesen. Das Plenum entscheidet sich für die Aufrechterhaltung mit 193 gegen 160 Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Völkischen und eines Teiles der wirtschaftlichen Vereinigung.

Der Antrag des Hauptausschusses, den Abbau der Grundschulbeiträge an den privaten höheren Lehranstalten so lange auszusetzen, bis die im Reich vorgeschlagene reichsgesetzliche Regelung durchgeführt wird, wird angenommen

Der Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, zur Ausführung des Artikels 148 der Reichsverfassung über Völkerversöhnung usw. die notwendigen Anordnungen zu treffen, wird abgelehnt, da neben der Rechten auch die Kommunisten dagegen stimmen. (Zuruf des Abg. Kilian (K.): „Wir sind für Klassenkampf!")

Gegen Kommunisten und Sozialdemokraten wird der Antrag abgelehnt, den 1 Mai als allgemeinen Schulfeiertag zu erklären.

Der Antrag Dr. von Campe (D. Vpt.), für die Erhaltung und Entwicklung der bestehenden Simultanschulen einzutreten, wurde mit 198 gegen 153 Stimmen abgelehnt Annahme fand der gemeinsame Antrag, die Schaffung von Studentenhäusern mit allen Mitteln zu fördern.

Damit sind die Abstimmungen und die zweite Lesung des Kultusetats beendigt.

Um 4,45 Uhr wird die Weiterberatung des Innenetats auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Tagung des Verwaltungsrates der Reichsbahn.

○ Berlin, 30. März. In der Zeit vom 28 bis 30. März hält der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin seine regelmäßige Tagung ab. Auf Grund der vorläufig ermittelten Abschlußergebnisse 1926 und der bisherigen Verkehrsentwicklung 1927 beschloß der Verwaltungsrat, zur Erleichterung der allgemeinen Wirtschaftslage das Arbeitsbeschaffungsprogramm wesentlich weiter auszudehnen. Die Erweiterung erstreckt sich auf die Bahnunterhaltung, auf Fahrzeugbeschaffung, Fahrzeugverbesserung und größere Bauten. Insgesamt wurden außer den im Januar beschlossenen Fahrzeugaufträgen in Höhe von etwa 65 Millionen für 1927 weitere etwa 135 Millionen neu bewilligt. Um sich gegebenenfalls der vom Reich in Aussicht genommenen Steigerung des Wohnungsgeldzuschusses für Beamte anschließen zu können, wurde die Bereitstellung der erforderlichen Mittel vorgesehen. Mit Befriedigung nahm der Verwaltungsrat von der Mitteilung der Hauptverwaltung Kenntnis, wonach die Bereitstellung von Neubauwohnungen für das Bahnpersonal in diesem Jahre in verstärktem Umfange wird erfolgen können. Die Fragen der Lohn- und Arbeitszeitregelung der Reichsbahnarbeiter wurde eingehend erörtert. Beschlüsse können erst nach Abschluß der schwebenden Verhandlungen mit den Arbeitervertretungen gefaßt werden. Der Verwaltungsrat nahm einen eingehenden Bericht entgegen über den Stand der Reichsbahnversuche mit Vorrichtungen zur Verhütung des Ueberfahrens von Haltesignalen (Zugbeeinflussung).

Der Stresemann-Prozeß.

Schutz der persönlichen Ehre!

Dr. Marx hatte nur zu sehr recht, als er seinerzeit im Reichstage erklärte, daß er es infolge des Versagens mancher deutscher Gerichte ablehnen müsse, Beleidiger vor das Gericht zu ziehen, solange dem Beleidigten nicht der ihm zustehende Anspruch auf Schutz seitens des Gerichts gegeben würde. Man spricht viel von einer Vertrauenskrise der deutschen Justiz. Dabei tut man allerdings häufig genug unserem Richterstande bitter unrecht. Zwar sind auch in dieser Beziehung mancherlei Beispiele des Versagens bekannt geworden. Die Wurzel des Uebels liegt jedoch im geltenden Strafrecht und Strafprozeßrecht. Unsere Strafprozeßordnung ermöglicht es dem angeklagten Verleumder, seine verleumderische Tätigkeit ungestraft im Prozeß fortzusetzen. Er hat dabei sogar die Chance, daß seine unwahren und auf Täuschung berechneten Ausführungen in diejenige Presse übergehen, die an der Verbreitung solcher Verleumdungen gegen eine bestimmte politische Persönlichkeit ein besonderes Interesse hat. Die Leser dieser Zeitungen wissen oft am nächsten Tage schon nicht mehr, ob das, was sie gelesen haben, objektive Feststellungen des Gerichtes waren oder haltlose Verleumdungen aus dem Munde des Angeklagten. Das scheint aber der Zweck der Sache zu sein. Es ist das alte Prinzip: „Verleumde nur frisch drauf los, etwas wird schon hängen bleiben!"

Im Falle Dr. Müller kommt es darauf an, durch eine Gerichtsverhandlung die schweren Vorwürfe, die der Angeklagte gegen den Reichsaußenminister erhoben hat, nachzuprüfen. Ein Gericht, weitab von der Reichshauptstadt, wo sich die vom Angeklagten behaupteten Vorgänge abgespielt haben sollen, fällt die Entscheidung. Neben dem Vorsitzenden stehen zwei biedere Schöffen aus dem Volke vor der verantwortungsvollen Aufgabe, darüber zu entscheiden, ob der deutsche Reichsaußenminister ein Ehrenmann sei oder nicht. Der Angeklagte erfreut sich größter Bewegungsfreiheit, er häuft zu alten Vorwürfen neue, deutet frühere Behauptungen um und hat dabei den Erfolg, daß ein gut Teil seiner Behauptungen den Weg in eine bestimmte Presse findet. Zeitweise gewinnt man aus den Prozeßberichten den Eindruck, als ob der Angeklagte bis zu einem gewissen Grade durch seine Ausführungen den Prozeßverlauf bestimmt. Tatsächlich hat ja nach dem geltenden Recht das Gericht nicht immer diejenigen Handhaben zur Abkürzung des Verfahrens, die notwendig wären, um den Nebenkläger vor neuen Beleidigungen und Verdächtigungen zu schützen Selbst die Berliner Staatsanwaltschaft wird vom Angeklagten verdächtigt, indem er behauptet, sie schreite gegen prominente Persönlichkeiten überhaupt nicht ein. Zwar hat der Plauener Staatsanwalt gegen die Behauptung sofort energische Verwahrung eingelegt. Der Angeklagte hat aber den Erfolg, daß die Verdächtigung durch die ganze deutsche Presse geht, so daß doch immerhin in gewissen Leserkreisen der Eindruck entstehen kann, es sei in der Berliner Justiz etwas faul.

Die tatsächlichen Vorgänge, um die es sich im Prozeß handelt, werfen auch nicht im geringsten ein ungünstiges Licht auf Dr. Stresemann. Wenn man heute die Möglichkeit hätte, allen kleinen und größeren Verstößen deutscher Industrieunternehmungen gegen die zahllosen Verordnungen des Krieges und der Inflationszeit nachzugehen und dafür alle Aufsichtsratsmitglieder jener Zeit verantwortlich zu machen, so wäre der Prozesse kein Ende. In 99 v. H. der Fälle haben nicht nur die Aufsichtsratsmitglieder, sondern auch die Direktoren der Aktiengesellschaften beim besten Willen gar keine Ahnung von derartigen Vorgängen gehabt. Welcher Deutsche hat nicht während des Krieges und der Inflation bei irgendeiner Gelegenheit die zahllosen Verordnungen jener Zeit irgendwie übertreten? Hat wirklich jeder, der einen Dollar in die Hände bekam, diesen sofort abgeliefert, wie es vorgeschrieben war? Hat im Kriege sich jeder streng an die Vorschriften der Rationierung gehalten? Hat es nie einen Schleichhandel gegeben? Millionen ehrenwerter Deutscher gestehen ganz offen, daß es unmöglich gewesen ist, sich an all diese Verordnungen zu halten. Am allerwenigsten haben sich aber jene Kreise daran gehalten, die während des Krieges die Herrschenden in Deutschland waren und zu denen wohl auch heute noch Dr. Müller und seine Freunde in Verehrung aufblicken.

Während des ersten Plauener Prozesses sagte Dr. Müller, daß Dr. Stresemann schädlicher sei als Erzberger, weil er die verfeinerte Ausgabe von Erzberger sei. Er beschuldigte Dr. Stresemann der Lüge und bezeichnete seine politische Tätigkeit als Korruption. Gerade auf diese Parallele mit Erzberger wird noch zurückzukommen sein.

Derartige Prozesse sind außerordentlich beschämend für die Rechtszustände in Deutschland. Es ist höchste Zeit, daß bei der Neuregelung des Strafrechts und des Strafprozeßrechtes der Schutz der persönlichen Ehre einwandfrei sichergestellt wird. Der Schlange der Verleumdung muß unerbittlich der Kopf zertreten werden. Anders kommen wir in Deutschland nicht zur Ruhe und zur Reinigung unseres politischen Lebens.

★

Schrott!

○ Plauen, 30. März.

Im Stresemann-Prozeß wird heute als erster Zeuge der Polizeihauptmann Wolter vernommen, der im November 1920 in Dresden den Inhalt der beschlagnahmten 29 Waggons, die die Evaporator-Gesellschaft nach der Tschechoslowakei schicken wollte, begutachtet hat. Er bekundet, die Ladung habe aus deutschen 15-cm-Granaten bestanden. Es wäre wohl möglich gewesen, diese Granaten durch Umarbeitung für tschechische oder polnische Geschütze brauchbar zu machen. Das Ausland hätte auch an solchen minderwertigen Granate zu Uebungszwecken Interesse haben können.

Justizrat Hahn beantragt, aus den Akten des Reichsschatzministeriums die Heranziehung eines Berichtes, in dem davon die Rede ist, daß bei Beginn des oberschlesischen Aufstandes auffallend viel Sendungen deutscher Artillerie-Munition von Deutschland falsch deklariert nach Polen gingen. Sehr verdächtig sei die Firma Schweitzer u. Oppler. — Rechtsanwalt Dr. Kunz widerspricht dem Beweisantrag. — Justizrat Hahn erklärt aber, die enge Geschäftsverbindung zwischen Schweitzer u. Oppler und der Evaporator A.-G. sei erwiesen. Er wolle beweisen, daß die Evaporator Landesverrat getrieben und Dr. Stresemann trotzdem die Verbindung mit ihr nicht gelöst habe. — Das Gericht hält die Entscheidung über den Beweisantrag der Verteidigung zurück. — Der ehemalige Reichskommissar für Eisen in Düsseldorf, Lennheim, bekundet, daß der Schrott zunächst von Dr. Gompertz begutachtet wurde, woran sich dann die eigentliche Ausfuhrbewilligung anschloß. Zur Verschrottungsfrage weist der Zeuge darauf hin, daß die Unschädlichmachung des Materials durch die Franzosen und Engländer derartig scharf bewacht wurde, daß die für die Ausfuhr freigegebene Munition unbedingt Schrott war, und nicht gebrauchsfähige Munition Der Zeuge hält es für durchaus zulässig, daß der italienische Beuteschrott, der nach dem Friedensvertrag ausgeführt werden mußte, wenn er frachtungünstig in Deutschland lag, gegen deutschen Schrott, der in der Nähe der Grenze lag, umgetauscht werden durfte. Dr Gompertz gibt als Zeuge an, daß er die Verteilung des Alteisens an die Industrie durchzuführen hatte. Er sei nicht gleichzeitig Reichskommissar und Syndikus von Schweitzer und Oppler gewesen. Er habe seine Stellung als Reichskommissar selber aufgegeben. Auf die Frage des Vorsitzenden verneint der Zeuge die Möglichkeit, aus den entrungten Graugußgranaten wieder brauchbare Munition herzustellen. Das wäre so unwirtschaftlich gewesen, daß es überhaupt nicht in Frage gekommen sei. Der ganze Produktionsprozeß hätte dann von vorn wieder angefangen werden müssen. Die Fachleute wissen, daß das frühere Kriegsmaterial einfach als Schrott behandelt wurde und als Kriegsmaterial gar nicht mehr in Frage kam.

Als nächster Zeuge wird dann der Kaufmann Paul Litwin, früher Generaldirektor und jetzt Aufsichtsratsvorsitzender der Evaporator-Gesellschaft, vernommen. Er führte aus, daß für die Unbrauchbarmachung der Munition bestimmte Vorschriften der Entente bestanden hätten, die von der deutschen Regierung genau eingehalten worden seien Seine Firma habe nicht nur gekauftes Material unbrauchbar gemacht, sondern sie hätte auch mehrmals für das Reich solche Arbeiten an Kriegsmunition vorgenommen. Die Gesellschaft habe irgendwelche Verkäufe nach Polen niemals gemacht. Nicht ein einziger Waggon sei nach Polen geliefert worden, weder direkt noch indirekt. Die Gesellschaft hätte für das eingetauschte Material die gleiche Menge italienischen Schrotts der deutschen Industrie zugeführt.

Auf den Hinweis des Vorsitzenden, daß behauptet werde, es habe sich gar nicht um Schrott, sondern um Munition gehandelt, die wieder gebrauchsfertig gemacht werden konnte, erklärt der Zeuge Litwin, daß dies kein Fachmann für möglich halten werde. Die Granaten seien sogar vom Reich unbrauchbar gemacht worden. Er habe die Beschlagnahme dieser unbrauchbar gemachten ehemaligen Kriegsmunition als Unrecht empfunden, was er auch Dr. Stresemann schriftlich mitgeteilt und ihn gebeten habe, beim Reichswirtschaftsministerium zu intervenieren. Es sei nichts Ungewöhnliches, wenn man ein Aufsichtsratsmitglied in einer gerechten Sache um Unterstützung bitte. Der Zeuge hält auch heute noch die Beschlagnahme für ein Unrecht, da die Unbrauchbarmachung von der Treuhand-Gesellschaft erfolgt sei, was die Entente genau überwacht habe. Ueber die Beteiligung Dr. Stresemanns an dem Kapital der Gesellschaft gehen die Ansichten stark auseinander.

Das Gericht vernimmt darauf den Zeugen Krawinkel, der mehrere Urteile bekannter, schon verstorbener Politiker über Dr. Stresemann anführt. Zur Sache selbst weiß der Zeuge nichts zu sagen. Der Direktor des Berliner Jugendamtes sagt als Zeuge aus, daß Litwin in großzügiger Weise viel Gutes für die Speisung armer Kinder und verschämter Armen getan habe. Darauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Die bürgerliche Einheitsliste in Oesterreich.

(!) Wien, 30. März. Die Einigungsverhandlungen über eine gemeinsame Wählerliste zwischen den übrigen Einheitsparteien und den verschiedenen freiheitlichen Fraktionen in Wien sind am Dienstag gescheitert. Von christlich-sozialer und großdeutscher Seite wird festgestellt, daß die verhältnismäßig kleinen freiheitlichen Gruppen unter sich nicht geeinigt werden konnten, sodaß man nur mit einen sehr unsicheren Zuwachs von Stimmen hätte rechnen können. Um trotzdem möglichst viel bürgerlich-demokratische Stimmen für die Einheitsliste zu bekommen, beabsichtigen die Christlich-Sozialen und Großdeutschen, einzelne dem demokratischen Lager nahestehende führende Männer des Wirtschaftslebens freiwillig auf die Einheitsliste zu stellen. Einer dieser Kandidaten soll der Vizepräsident der Handelskammer, Kommerzienrat Fintzel, sein.

Einlenken der Sowjetregierung in der Mologa-Angelegenheit.

✓ Riga, 30. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Weigerung der deutschen Regierung, einen Kredit an die Mologa zu gewähren, in Moskauer Sowjetkreisen schwere Enttäuschung hervorgerufen. Trotz der schwierigen Situation wird jedoch betont, daß die Sowjetregierung bereit ist, die Wechsel der Mologa bei der russischen Staatsbank zu verlängern, wenn die Gesellschaft neue finanzielle Quellen nachweisen würde. Es wird versichert, daß die Sowjetregierung bestrebt ist, die Mologa-Konzession auf jeden Fall zu halten Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß die Konzession noch nicht aufzugeben sei. Morgen oder übermorgen werde das Hauptkonzessionskomitee neue Vorschläge der Sowjetregierung an die Konzessionsvertreter machen.

Wenn aus dieser Meldung hervorgehen sollte, daß die Sowjetregierung eingesehen hat, daß sie ihre bisherige Haltung in der Mologa-Angelegenheit ändern muß und daß sie daher neue Vorschläge an die Konzessionsvertreter zu machen beabsichtigt, so ist das an sich selbstverständlich sehr zu begrüßen Es ist nur zu befürchten, daß dieser Wechsel in den Anschauungen der Sowjetregierung zu spät kommt, um noch die Entschließung der deutschen Regierung zu beeinflußen

Die Mologa beantragt Geschäftsaufsicht.

× Berlin, 30. März. Die heutige Aufsichtsratssitzung der Mologa beschloß die Anmeldung der Geschäftsaufsicht. Der Antrag ist, wie WTB.-Handelsdienst hört, gestellt worden, um die schwebenden Verhandlungen mit den Russen ungestört zu Ende zu führen.

Einigung in Genf.

)(Genf, 30. März. Im Vorbereitungsausschuß einigte man sich heute nachmittag in der Frage der Effektivbestände auf die Aufstellung von 5 Tabellen, in denen die Höhe der Zahl 1) für die Heimarmee, 2) für die im Mutterland stationierten Kolonialtruppen, 3) für die gesamten Streitkräfte im Mutterland, 4) für die gesamten Streitkräfte im Mutterland und in den Kolonien angegeben werden soll. In einer 5. Tabelle sollen die überzähligen Streitkräfte ohne Bindung an eine Höchstzahl enthalten sein, womit den wichtigsten englischen Bedenken Rechnung getragen wird. Innerhalb der durch diese 5 Tabellen aufgestellten Maximalgrenze soll es in besonderen Fällen jeder Partei gestattet sein, die Verteilung ihrer Streitkräfte zwischen Mutterland und Kolonien zeitweilig zu ändern.

Diese in ihrer ersten Lesung angenommenen Vorschläge sollen eventuell in der zweiten Lesung auch auf die See- und Luftstreitkräfte ausgedehnt werden. In der Frage der militärisch-organisierten Verbände wurde auf Vorschlag der Vertreter Hollands, Deutschlands und der Vereinigten Staaten einer Fassung zugestimmt aus der auf Grund der heutigen Aussprache klar hervorgeht, daß darunter nur solche Formationen verstanden werden sollen, die infolge ihrer Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung ohne besondere Mobilisierung sofort verwendet werden können. Unter Zustimmung des Ausschusses stellte der holländische Vertreter Rutgers fest, daß es absolut klar ist, daß es sich dabei um Kräfte handelt, die bewaffnet sind und infolge ihrer Bewaffnung ohne besondere Mobilisierung verwendet werden können.

Im weiteren Verlauf der heutigen Nachmittagssitzung wurde noch der Begriff Mobilisation, Effektiv-Tagesdurchschnitt, Dienstzeit und Begrenzung der Zahl der Offiziere und Unteroffiziere durchgesprochen, wobei sich im wesentlichen Zustimmung zu dem französischen Vorentwurf ergab.

Die Kämpfe in Spanisch-Marokko.

:: Madrid, 30 März. Amtlich wird aus Marokko gemeldet: Eine Vorhut von 400 Mann, die einem kleinen Eingeborenenposten bei Tabenat zu Hilfe eilte, hatte auf sehr schwierigem Gelände einen harten, verlustreichen Kampf, vermochte aber ihren Auftrag, die Aufständischen von der Straße nach dem Inneren der spanischen Zone abzuschneiden, auszuführen. Es werden Stoßtrupps zusammengezogen, die im Aufstandsgebiet operieren werden Der Generalstabschef der französischen Truppen in Marokko, Oberst Giendre, wird für morgen in Tetuan erwartet, wo er mit dem spanischen Oberkommissar über eine Zusammenarbeit in den beiden marokkanischen Zonen beraten wird.

Primo de Rivera erklärte gestern abend nach dem Ministerrat: Wir haben bessere Nachrichten aus Marokko erhalten. Der Oberkommissar teilte uns mit, daß die ihm zur Verfügung stehenden Truppen ausreichten. Im übrigen werden die Operationen einen größeren Umfang annehmen. Der Ministerpräsident bestätigte sodann, daß eine Zusammenarbeit der spanischen und französischen Truppen in Marokko geplant werde.

Spanische Flieger von Marokkanern gefangengenommen.

△ Madrid, 30. März. Amtlich wird aus Marokko mitgeteilt, daß ein mit zwei Unteroffizieren besetztes Flugzeug, das gestern zum Kampf gegen die Beni Aros aufgestiegen war infolge einer Panne bei Dschebelaan niedergehen mußte, wo die Insassen von den Eingeborenen gefangen genommen wurden.

Die Lage in China.

Die Flucht aus Hankau.

△ Hankau, 30. März Die Lage der Ausländer, namentlich der Briten, ist infolge kommunistischen Terrors unmöglich geworden. Einige Engländer, die sich noch in Honkau aufhalten, bleiben in der Nähe des Ufers, um die Stadt im Falle einer Gefahr schnell verlassen zu können. Selbst der amerikanische Konsul ist genötigt, am Ufer zu wohnen. Die Mäßigungsbewegung innerhalb der Koumintangpartei und auch der Einfluß des Ministers Tschen sind vollkommen unterlegen Ausländische Banken mußten infolge unmöglicher Forderungen des Personals schließen. Das politische Büro verhindert das Erscheinen kommunistenfeindlicher Zeitungen.

Kampfbereit!

× Kanton, 30. März Eine Abteilung von zehn Mann des britischen Kriegsschiffes „Tarantula" und des amerikanischen Kanonenbootes „Helena" haben an einem wichtigen Punkte von Schamien Maschinengewehr-Schanzen aufgeworfen. Auch die französischen Verteidigungsstellen sind vollkommen kampfbereit.

Unruhen in Singapore.

△ Singapore, 29. März. (Reuter.) Die Behörden sind besorgt wegen der Ruhestörungen, die vor 14 Tagen anläßlich der Gedächtnisfeier für Sunyatsen begannen und die sich jetzt zu einem Boykott der Omnibusse und Angriffen auf Omnibusse und Polizei entwickelt haben. Die Gerichte verhängen schwere Strafen über die verhafteten Chinesen. Heute abend kam es wieder zu einem Zusammenstoß, bei dem die Polizei Verhaftungen vornahm. Truppen stehen für den Notfall in Bereitschaft

Deutsches Reich.

Dr. Held auch bayrischer Handelsminister.

⊠ München, 30. März. In der heutigen Sitzung des Landtages widmete einleitend Präsident Dr. Königsbauer dem verstorbenen Handelsminister einen tief empfundenen Nachruf. Hierauf schlug er dem Hause vor, daß das Handelsministerium in Personalunion mit dem Ministerium des Aeußern vereinigt werden solle. Sein Vorschlag wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen Dr. Held teilte hierauf mit, daß er als politischen Staatssekretär den Freiherrn v. Welser, den früheren Staatssekretär beim Reichsministerium des Innern, zu bestellen gedenke. Ohne Debatte wurde dieser Vorschlag vom Hause gut geheißen. Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Waffenfund in Pommern.

+ Grimmen, 30 März. In einer Scheune in Böcken wurden im Heu versteckt 30 Infanteriegewehre, 62 Schlösser und 10 Maschinengewehre gefunden.

Schweres Grubenunglück in Amerika

500 Bergleute eingeschlossen.

:: Newyork, 30. März. In einem Bergwerk in der Nähe von Crawton (Pensylvania) hat sich eine schwere Grubenexplosion ereignet. 500 Bergleute sind eingeschlossen. Die Zahl der Toten ist noch unbekannt.

Heute letzte Nummer
Eilen Sie!!
Es ist die höchste Zeit!

Wollen Sie noch rechtzeitig in den Besitz der ersten Nummer des kommenden Monats gelangen, so erneuern Sie noch heute ihr Abonnement auf das

„Bocholter Volksblatt!"

Geschäftsstelle Bocholt, Realschulstr. 14.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 31. März 1927.

Eine dankbare Aufgabe für den Verkehrsverein.

Seit langem ist die vollständige Sonntagsruhe von den münsterländischen Geschäftsleuten heftig bekämpft worden. Schon im vergangenen Jahre wurden in allen Orten des Münsterlandes Versammlungen aller Art abgehalten, in denen Stellung gegen den vollständigen Geschäftsschluß an Sonn- und Feiertagen genommen wurde. Auch die münsterländische Landwirtschaft hat die Forderungen der Gewerbetreibenden kräftig unterstützt. Die Folge dieser Bestrebungen war eine Ausnahmebestimmung des Ministers für Handel und Gewerbe, welche den Verkauf an Sonn- und Feiertagen an einigen Stunden während der Sommermonate gestattete. Mit dieser Regelung haben sich die in Frage kommenden Körperschaften jedoch nicht zufrieden gegeben, und stets versucht, daß diese Ausnahmebestimmungen auch auf die Wintermonate ausgedehnt würden. Mehrfach ist in letzter Zeit der Regierungspräsident in Münster wegen der Regelung der Sonntagsruhe bei dem Ministerium in Berlin vorstellig geworden. Hierbei hat er mit allem Nachdruck auf die ungewöhnlich liegenden Verhältnisse der Landwirtschaft hingewiesen, welche durch die vollständige Sonntagsruhe so sehr benachteiligt würde. Durch Erlaß vom 24. März hat der Minister für Handel und Gewerbe sich mit dem Weiterbestehen der bisherigen Ausnahmebestimmungen für das Münsterland auch in den Wintermonaten einverstanden erklärt. **Nur für Ahlen und Bocholt fallen die Ausnahmen fort.**

Diese Maßnahme ist reichlich unverständlich, denn die Verhältnisse liegen für Bocholt mit seiner landwirtschaftlichen Umgebung ebenso wie in den kleineren Gemeinden des Münsterlandes. Die umwohnende landwirtschaftliche Bevölkerung ist darauf angewiesen, ihren Warenbedarf in Bocholt zu decken. Wenn man anderswo den Bedürfnissen der Landwirtschaft und der Geschäftswelt, die der weit zerstreut wohnenden ländlichen Kundschaft entgegenkommen möchte, Rechnung trägt, so muß man das auch in Bocholt tun.

Vielleicht beschäftigt sich der hiesige Verkehrsverein einmal mit dieser Frage, indem er sich dafür einsetzt, daß die Ausnahmebestimmungen, die bei der Regelung der Sonntagsruhe geschaffen worden sind, auch für Bocholt maßgebend werden. Er darf des Dankes der Geschäftswelt und der Landwirtschaft sicher sein.

* * *

z. **Raummangel am städtischen Gymnasium.** Nachdem man bereits vor zwei Jahren auf dem Schulplatze des Gymnasiums zwei Baracken zur Unterbringung mehrerer Schulklassen errichten mußte, macht sich jetzt wieder der Raummangel so empfindlich bemerkbar, daß unbedingt für Abhilfe gesorgt werden mußte. Daher werden augenblicklich auf dem Hengefeldschen Grundstücke hinter dem Schulgebäude zwei weitere Baracken errichtet. Daß ein geordneter Schulbetrieb bei derartigen Verhältnissen mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft ist, dürfte jedem einleuchten. Die Notwendigkeit zur Errichtung eines neuen Gymnasiums tritt immer deutlicher zutage. Hoffentlich kann noch in diesem Jahre mit dem Neubau, dessen Entwürfe von der zuständigen Kommission gegenwärtig geprüft werden, begonnen werden.

m. **„Kloster vom Guten Hirten."** Vorige Tage fand nach vorausgegangenem feierlichem Hochamte die Einweihung des neuen Waschhauses durch den hochw. Herrn Prälaten Richter statt. Der alte Waschraum genügte in keiner Weise den neuzeitlichen und gesundheitlichen Anforderungen. Das neue Waschhaus ist hell, luftig und übersichtlich angelegt. Die Teilnehmer an der Einweihung waren des Lobes voll über die praktische Einrichtung und geschickte Raumausnutzung. Mit dem Waschhause verbunden ist eine mit den erprobtesten Maschinen ausgestattete Büglerei und Trocknerei. Die Schwestern haben sich bei ihrer mühe- und dornenvollen Arbeit zum Ziel gesetzt, gefallenen und gefährdeten Mädchen zu helfen, die Grundlage zu einem geordneten Leben zu legen und sie an praktische Arbeit zu gewöhnen. Wer deshalb dem Kloster die Wäsche usw. anvertraut, hat nicht nur die Gewißheit, tadellose Arbeit zu sehen, er unterstützt damit auch eine eminent soziale Tätigkeit. Wir können dem Kloster nur wünschen, daß es in seiner Arbeit bei der Bevölkerung Anerkennung und Unterstützung findet.

z. **Personalnotizen.** Die Lehrerinnen Fräulein Mathilde Epping und Fräulein Maria Honsel von der Schule 2 sind von der Regierung in Münster mit Wirkung vom 1. Januar 1927 zu Konrektorinnen ernannt worden.

z. **Krüppelfürsorgestelle des Stadtkreises Bocholt.** Die Sprechstunde der Krüppelfürsorgestelle des Stadtkreises Bocholt findet statt am Dienstag, den 5. April, nachmittags 2,30 Uhr im St. Agnes-Hospital, Schonebergstr. 3, Untersuchungszimmer oben.

a. **Monatskarten für Fahrradwachen.** Das Wohlfahrtsamt schreibt uns: Für die Monatskarten kommt nach den bisherigen Erfahrungen hauptsächlich die Wache vor dem Postamt in Frage. Auf Anregung des Postamtes ist die Gebühr für die Monatskarte vom 1. April ds. Js. ab auf 2 R.-Mk. ermäßigt worden. Sofern die beiden anderen Wachen vor der Stadtkasse und vor dem Amtsgericht (gegenüber der Sparkasse) aufgestellt sind, können sie vom Monatskarteninhaber ebenfalls benutzt werden. Eine Verpflichtung, die beiden letztgenannten Wachen für die Monatskarteninhaber ständig aufzustellen, kann nicht übernommen werden.

z. **Einführungsvortrag in die Fernsprech-Selbstanschlußtechnik.** Am Dienstag abend 8 Uhr behandelte Herr Postrat Dr. Günther, Münster, in der „Rotenburg" in einem interessanten Vortrag die Fernsprech-Selbstanschlußtechnik. Bekanntlich wird in der Nacht vom 2. zum 3. April in Bocholt der bisherige Fernsprechbetrieb auf Selbstanschlußbetrieb umgestellt. Der Vortrag sollte die Fernsprechkunden mit der Bedienung der Apparate und den Vorgängen bei der Herstellung einer Verbindung vertraut machen. Leider war die Veranstaltung im Verhältnis zu der in Bocholt vorhandenen Teilnehmerzahl nicht sehr stark besucht. Nachdem der Redner sich eingehend mit dem System der automatischen Telefonie beschäftigt und seine Einzelheiten erklärt hatte, schilderte er die Art und Weise, wie jede gewünschte Verbindung durch den Teilnehmer selbst hergestellt wird. Sein Vortrag wurde dann erläutert durch einen äußerst instruktiven Film, der die einzelnen technischen Vorgänge deutlich veranschaulichte, so daß sich auch der Laie, der bisher die neuen Apparate mit ihren geheimnisvollen Nummernscheiben etwas mißtrauisch gemustert haben wird, sich ein ziemlich klares Bild von dieser Neuerung machen konnte, die eine ungeheure Verbesserung und Vereinfachung des Fernsprechverkehrs bedeutet. Die lehrreichen Darlegungen und Lichtbildvorführungen des Vortragenden fanden daher ungeteiltes Interesse und lebhaften Beifall. Bocholt darf stolz darauf sein, als eine der ersten Städte im Oberpostdirektionsbezirk Münster ein automatisches Fernsprechamt zu besitzen. Hoffentlich hat sich bis zur Inbetriebnahme des Amtes jeder Teilnehmer so mit der Bedienung der Apparate vertraut gemacht, daß der automatische Telefonverkehr reibungslos funktionieren kann.

m. **Abiturienten-Abschiedsfeier.** Gestern fand in der Aula des städtischen Gymnasiums die Abschiedsfeier für die am Dienstag geprüften neun Abiturienten statt, an der das Lehrerkollegium und sämtliche Schüler des Gymnasiums und Realgymnasiums teilnahmen. Nach dem Vortrag einer Mozartischen Komposition durch das Schülerorchester sang der Chor das alte Lied „Innsbruck, ich muß dich lassen" von Heinrich Isaack. Im Namen der scheidenden Abiturienten nahm dann Abiturient Kost Abschied von den Lehrern und Schülern der Anstalt. Nachdem das Orchester das D-dur-Menuett von Mozart zum Vortrag gebracht, wandte sich Herr Gymnasialdirektor Regierungs- und Schulrat Broichmann an die Scheidenden und wünschte ihnen Glück und Segen für ihren ferneren Lebensweg. Die Feier schloß mit dem vierstimmigen Chor „Behüt' dich Gott" von Josef Rheinberger.

z. **Von den Volksschulen der Stadt Bocholt.** Heute vormittag findet in den hiesigen Volksschulen die feierliche Entlassung der Schüler und Schülerinnen statt. — Die Aufnahme der Kinder in die Grundschule erfolgt mit Beginn des neuen Schuljahres am Dienstag, den 26. April, vormittags 8 Uhr. Aufgenommen werden diejenigen Kinder, die bis dahin das 6. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 30. September vollenden werden. — Die Osterferien an den Volksschulen beginnen am 8. April, 10 Uhr vormittags.

h. **Verein für Heimatpflege Bocholt.** Wir machen nochmals auf die am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr im „Bürgerkrug" stattfindende ordentliche Mitgliederversammlung aufmerksam. In der Versammlung, deren geschäftlicher Teil ganz kurz gehalten wird, wird Herr Redakteur Peter Werland einen Lichtbildervortrag über die westfälischen Schlösser und Burgen halten. Herr Werland ist ein vorzüglicher Kenner der westfälischen Heimat und ihrer Schönheit und wird uns seine Bilder, die er persönlich in jahrelanger Arbeit aufgenommen hat, (etwa hundert) vorführen. Nach dem Vortrage findet dann eine Verlosung statt; sie hat in früheren Jahren viel Anklang gefunden und wird auch diesmal viel Spannung, Freude und Vergnügen auslösen. Der Eintritt ist, wie immer, für jedermann, auch für Nichtmitglieder, frei.

n. **M. G. V. „Sängerbund". Beethoven-Feier am Sonntag.** Nachdem in der gestrigen Nummer der Inhalt des ersten Teiles bekannt gegeben, folgt nunmehr der zweite Teil. Dieser beginnt mit der V. Symphonie. Dann folgt der Chor mit „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" für gemischten Chor und Orchester, worauf das „Opferlied" für Sopransolo, gemischten Chor und Orchester zum Vortrag kommt. Den Schluß bildet der Huldigungschor nach dem Marsche aus „Die Ruinen von Athen" für Männer- und Frauenchor und Orchester. Wir wiederholen die Bitte von gestern, so rechtzeitig die Plätze einnehmen zu wollen, daß das Konzert punkt 5 Uhr beginnen kann. Gleichzeitig knüpfen wir noch eine Bitte vieler Musikfreunde an, und zwar die, den Saal nicht eher zu verlassen, als bis die letzten Akkorde verklungen sind. Die Karten möge man sich nach Möglichkeit im Vorverkauf in der Buchhandlung von Johann Valk, Nobelstraße, beschaffen, da an der Abendkasse erhöhte Preise sind.

n. **Arbeiterverein St. Josef.** Für die Mitglieder der Bausparkasse, vor allem für diejenigen, die auf eine Wohnung reflektieren (Wohnungsanwerber) findet heute (Donnerstag) abend 8¼ Uhr eine kurze aber wichtige Besprechung im Vorstandszimmer des Vereinshauses statt. Die betreffenden Mitglieder werden dringlichst dazu eingeladen. (Siehe Anzeige.)

z. **Jungfrauen-Kongregation Liebfrauen.** Heute abend 8,15 Uhr findet in der St. Agneskirche eine Versammlung der Eucharistischen Abteilung statt.

m. **Religiöse Familienwoche.** In der Zeit vom 3. bis zum 10. April findet hier eine religiöse Familienwoche statt. Die religiösen Vorträge werden von Priestern in den Kirchen nachmittags 4 Uhr für Frauen, abends 8 Uhr für Männer gehalten. Ferner ist je ein Vortrag für Frauen und Männer in einem Saale, gehalten von einem Arzt, vorgesehen.

m. **Dekanats-Cäcilienfest.** Das Dekanats-Cäcilienfest der vereinigten Kirchen-Chöre des Dekanates Borken findet in diesem Jahre in Bocholt (St. Josef) statt, aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Kirchenchores St. Josef. Der endgültige Termin ist noch nicht festgelegt, wahrscheinlich wird wohl ein Sonntag im Monat Juli für die Veranstaltung in Frage kommen.

r. **Mieterschutzverein Bocholt.** Am kommenden Samstag, abends 8,30 Uhr findet im Lokale des Herrn Anschlag, Rebenstraße, die Jahreshauptversammlung statt, zu der sämtliche Mitglieder eingeladen werden.

a. **Zur Warnung.** Es besteht Anlaß, nachdrücklich auf folgende Polizeiverordnung hinzuweisen: § 1. Das Feilbieten von Blütenzweigen der Weiden (sogen. Weidenkätzchen), von Zweigen der Stechpalmen (Hülskrabben) und von Wacholderbüschen auf Märkten sowie auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen und an anderen öffentlichen Orten sowie im Hausierhandel ist verboten. § 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nach den sonstigen Gesetzen nicht höhere Strafen verwirkt sind, mit Geldstrafen bis zu 150 R.-Mk., im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. — Hoffentlich schreiten die Polizeibeamten und die Landjägermeister in den Gemeinden, in denen so etwas bisher geduldet wurde, energisch dagegen ein.

* * *

m. **Anholt, 30. März. Vom Verkehrsverein.** Wie wir erfahren, will der im vorigen Jahre gegründete Verkehrsverein Anholt im kommenden Sommer einen Anholt-Tag veranstalten, der die Aufmerksamkeit auf die Schönheiten unserer alten Stadt und seiner reizvollen Umgebung lenken und zur Hebung des Fremdenverkehrs beitragen soll. Alle gebürtigen Anholter sollen dazu eingeladen werden. Sie werden sicher, ganz gleich, wo sie heute weilen, sofern es ihnen möglich ist, gerne diese Gelegenheit benutzen, sich in ihrer Geburtsstadt ein Stelldichein zu geben, unter alten Bekannten zu weilen und liebe Erinnerungen vergangener Tage auszutauschen. Das fördert die Heimatliebe und das Zusammengehörigkeitsgefühl aller, die in Anholts Mauern groß geworden sind, damit sie mit ihrer Vaterstadt verbunden bleiben, auch wenn sie das Leben weit entführt hat. Wir zweifeln nicht, daß der Anholt-Tag eine eindrucksvolle und sinnige Veranstaltung werden wird. — Auch auf anderen Gebieten ist der Verkehrsverein tätig. So hat er jetzt einige Bänke aufstellen lassen, die den Spaziergängern Gelegenheit zum Rasten geben. Er wird auch in Zukunft eifrig bemüht sein, seine vielseitigen Aufgaben zu erfüllen zum Besten der Stadt und ihrer Einwohner.

t. **Anholt, 30. März. Gesellenprüfung.** Der Friseurlehrling Bernhard Knaven von hier bestand vor der Prüfungskommission seine Gesellenprüfung mit „gut". Lehrmeister war Herr Paul Kruse, Anholt.

* **Raesfeld, 30. März. Brand.** Nachdem in vergangener Woche dreimal die Feuerwehr zu kleinen Bränden alarmiert worden war, wurde sie am Dienstag abermals durch das Brandsignal zusammengerufen. Ein Nebenbau des Händlers Johann Hater am Ostausgang des Dorfes brannte bis auf die Grundmauern nieder. Das Feuer fand an dem mit Stroh gefüllten Schuppen reichliche Nahrung. Dank dem Eingreifen der Raesfelder Feuerwehr wurde das Wohnhaus gerettet.

* **Vreden, 30. März. Beethovenfeier in Vreden am 3. April.** In den nächsten Tagen wird das Programm der Feier herausgegeben. Es enthält neben dem Text des Oratoriums vor allen Dingen eingehende Erläuterungen über Beethovens fünfte Symphonie und das Oratorium. An der Hand der Abhandlungen und in Verbindung mit dem Text wird es nicht allein den Musikfreunden, sondern auch dem Laien ermöglicht, der Musik zu folgen und die Gewalt der Töne unseres Altmeisters in sich aufzunehmen. Die Aufmachung des ganzen Programms ist dazu noch eine recht künstlerische, so daß es für jeden eine wertvolle Erinnerung an das erste Vredener städtische Musikfest sein wird. Die Stadt hat dabei das sonst Gebräuchliche verlassen und dem Heftchen besonderen Schmuck gegeben. Es wird zum Preise von nur 30 Pfg. ausgegeben werden.

* **Gronau, 29. März.** Vermißt. Seit Montag voriger Woche wird der Bürstenmacher Lehne von hier vermißt. L. hat am Montag morgen sein Kosthaus verlassen um zur Arbeitsstelle zu gehen, dort ist er aber nicht eingetroffen, auch hat er sein Kosthaus seit dem Tage nicht wieder betreten. Es wird angenommen, daß dem vermißten L. ein Unglück zugestoßen ist.

Vom Niederrhein.

— **Isselburg, 30. März. Bürgermeisterwahl.** Am Donnerstag, den 7. April, abends 6¾ Uhr findet eine öffentliche Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums statt. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Bürgermeisterwahl.

— **Isselburg, 30. März. Theaterabend.** Der evangelische Posaunenchor beschloß in der Vorstandsversammlung am vergangenen Montag, am Sonntag nach Ostern, den 24. April, im Gemeindehaus einen Theaterabend abzuhalten. Es gelangt zur Aufführung das Stück „Dein Sohn wird mein Rächer sein".

—t. **Isselburg, 30. März. Gesellenprüfung.** Der Konditorlehrling Theodor Lung von hier bestand vor der Prüfungskommission seine Gesellenprüfung als Konditor mit „gut". Lehrmeister war Herr Eilers, Bocholt.

— **Wesel, 29. März. Schiffsunfall.** Am Freitag nachmittag ereignete sich oberhalb Haus Momm ein Schiffsunfall. Das mit 200 To. Nußkohlen beladene holländische Segelschiff „Henrie", fuhr mit vollen Segeln zu Tal. Oberhalb der Momm mußte der Schiffer vom linken zum rechten Ufer kreuzen. Der die Segel bedienende Matrose wurde bei dem Umschlagen der Segel auf Deck niedergerissen, er konnte die Segel nicht mehr bedienen, die Segel versagten, das Schiff wurde hierbei nach Backbordseite umgeschlagen, lief voll Wasser und sank in wenigen Minuten unter Wasser. Menschenleben sind nicht zu beklagen, da der Schiffer und die Bedienungsmannschaft sich noch früh genug in ihrem Flieger retten konnten, jedoch nur mit dem nackten Leben, ihr ganzes Hab und Gut ging mit dem Schiff in die Tiefe. Das Schiff ist versichert und soll gehoben werden.

— **Büderich, 30. März. Leichenfundurg.** Eine männliche Leiche wurde hier gelandet. Sie ist schon stark verwest. Der Kopf fehlt vollständig. Von den Kleidungsstücken sind nur noch Reste vorhanden. — **Von der Eisenbahnbrücke abgestürzt** ist hier ein mit dem Transport von Eisenträgern beschäftigter Vorarbeiter. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und mußte zum Krankenhause gebracht werden.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Radrennen in Rhede.** Das erste diesjährige Radrennen auf der Radrennbahn in Rhede findet statt am 24. April, am 1. Sonntag nach Ostern. Das vom Radfahrerverein „Central" aufgestellte Programm weist u. a. ein Eröffnungsrennen, ein Punktefahren, ein Mannschaftsfahren und ein Ausscheidungsfahren auf. Hoffentlich ist der Veranstaltung, die einen starken Besuch verdient, gutes Wetter beschieden. Alles Nähere wird noch bekannt gegeben.

Bücherschau.

Was soll unsere Tochter werden?
Ein praktischer Ratgeber für sämtliche Frauenberufe.
Unter Berücksichtigung der neuesten amtlichen Bestimmungen bearbeitet von Friedrich Wencker, Preis Mk. 2,50. Verlag von Wilhelm Köhler, Minden in Westfalen.

Was soll unsere Tochter werden? Diese ernste Frage drängt sich heute zahllosen Familienvätern, Müttern und Vormündern auf, deren heranwachsende Töchter und Mündel den schweren Kampf ums Dasein aufnehmen. — Die Lektüre dieses Buches, das etwa 60 verschiedene Berufe erschöpfend behandelt, soll das junge Mädchen veranlassen, seine Veranlagung und seine Fähigkeit zu prüfen, um sich dann zur Wahl eines Berufes zu entscheiden, zu dem es Lust und innere Regung besitzt und dessen Anforderungen es sich auch wirklich gewachsen fühlt. — Der Herausgeber war bestrebt, dieses 200 Seiten starke Buch im Einvernehmen und unter dankenswerter Mitarbeit der Berufsämter, Berufsberatungsstellen, Frauenorganisationen, Reichsverbände und Schulen zu einem wirklich zuverlässigen und getreuen Berater der weiblichen Jugend zu gestalten. Hervorragende, im Berufsleben erfolgreich tätige Frauen haben daran mitgearbeitet und ihre Berufe auf Grund eigener praktischer Erfahrungen und nach den neuesten amtlichen Bestimmungen für die einheitliche Regelung der Bildungs- und Lehrzeit geschildert.

Verantwortlich für den Zeitteil: für Politik Chefredakteur Dr. Meier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. iur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster und Alfons van Bevern, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Jacher und Dr. Höfner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. R. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Jos. Remmers, Bocholt.

Statt besonderer Anzeige.

Heute mittag 12 Uhr entschlief sanft im Herrn, plötzlich und unerwartet im Alter von 57 Jahren, nach einem arbeitsreichen Leben für die Seinen, mein innigstgeliebter, unvergeßlicher Mann, unser treusorgender, guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

der Kaufmann

Carl Blumberg.

In tiefer Trauer:
Frau Adele Blumberg
geb. van Thiel.
Theodor Blumberg
Johanna Blumberg
Emma Blumberg

Bocholt, den 29. März 1927.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 1. April 1927, nachmittags 2 Uhr, vom Sterbehause Nordstraße 29.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Verein für Heimatpflege
Bocholt.

Am **Donnerstag, den 31. März, abends** 8 Uhr, im „Bürgerkrug"

Ordentliche
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Rechnungslegung, Geschäftsbericht, Neuwahl, Bericht über den Heimattag in Burgsteinfurt.

Lichtbildervortrag Peter Werland
Westfälische Burgen und Schlösser.
Anschließend Verlosung.
Eintritt frei!

Wöchentlich billiger Fleischverkauf

Freitags auf dem Wochenmarkt:
prima Schweinefleisch ohne Knochen 1.20, Kotelett 1.10, Bratwurst 1.30, Mettwurst 1.40 (alles aus reinem Schweinefleisch), Speck 90 Pfg. Ferner prima Mastochsen-Gefrierfleisch das Pfund zu 60 und 65 Pfg.

Gerhard Heisterkamp,
Metzger.

Achtung! Holl. Fische!

Donnerstag und Freitag zu haben:
Prima große, mittel und Bratschellfische, große Schollen, prima Rheinsalm, Kabeljau und Seelachs, sowie Lachsbückinge, Kieler Bückinge und Monnikendammer Bratbückinge.
Holl. Bratschellfische Pfd. nur 25 Pfg.
Hochfeine süße Apfelsinen eingetroffen.

Jakob Goedhardt
Langenberaître. 13 Telefon 589

ACHTUNG!

Die Schweine sind billiger geworden!

Das sehen Sie am **Samstag, 2. April, morgens 8 Uhr** in Bocholt bei Overdick am Güterbahnhof, wo wir mit großem Preisabschlag mehr als

150 Schweine

in Qualität, aus der bekannten Oldenburger Herkunft, **schon von 15.— M. an,** verkaufen.

Dietr. Kroezemann.
Friedr. Buers.

Ori inal-Kraftfutter „Ossaform"

zur Knochenbildung und Anregung der Freßlust für Schweine. Bestes Futterzusatzmittel zur Aufzucht und Mast. **Dose 30 Pfg.** Versand nach auswärts.

Nur Drogerie Gebr. Steiner, Markt 8.

Für Landwirte! **Gelegenheitskauf**
Eine komplette
Hauswasseranlage
in tadellosem Zustand, Motor 4 P. S., 220/380 Volt, Transmission 3,50 Meter mit vollem Zubehör: Turbinenpumpe, 3 schwere Bassins (1 à 2500 Liter, 2 à 800 Liter Inhalt), sämtl. Leitungen, umständehalber billig abzugeben.

Wilh. Albers, Rhede, Bahnhofstr. 31.

Arbeiter-Verein St. Josef

Heute (Donnerstag) Abend 8 Uhr wichtige
Besprechung
für Wohnungsanwerber im Vorstandszimmer des Arbeiter-Vereins St. Josef.

Die Baukommission.

Am Freitag nachm. von 2 Uhr an ist bei **Joh. Geukes,** Dingdener-Chaussee schönes
Schweinefleisch
das Pfd. zu 90 Pfg zu haben, sowie prima
Blut- und Leberwurst.

Freitag nachmittag ist von einem selbstgemästeten Schwein
Fleisch
zu haben, das Pfd. z. 95 Pfg. bei
Hermann Schroer,
Klempnerei
Louisenstr.

Am Freitagnachm. von 2 Uhr an ist beim Wirt **Grotkaebel,** Sachsenstraße, prima
frisches Schweinefleisch
zu 90 Pfg. das Pfd. zu haben.

Verkaufe am Samstag ab 2 Uhr bei Bernh. Overgoor, Dingdenerstr. 23
Schweinefleisch
zu 90 Pfg. und
Kotelettstück
zu 1,10 M. je Pfd.
Gerh. Schäpes.

Am Freitagnachm. von 2 Uhr an ist
Schweinefleisch
das Pfd. zu 95 Pfg. zu haben bei
Theo Ostendorf,
Walramstr. 25.

Tragendes
Schwein
(Ende April austragend) zu verkaufen.
Josef Garvert,
Crommert.

Ein rotbuntes
Rind
Ende August austragend, zu verkaufen. Daselbst ein deckfähiger, schwarzb.
Stier
zu kaufen gesucht.
Witwe Gries,
Loitum.

KLEIDERSTOFFE in bekannt guten Qualitäten

FRÜHJAHRS-NEUHEITEN

Popeline reinwollene Qual. in vielen Farben	3.80	2.60	1.98
Woll-Rips in erprobten Qual	8.40	6.90	3.90
Gem. Wollstoffe Faconné u. Jacquard in viel mod. Farben	9.80	5.40	2.90
Kostümstoffe 130 cm breit	10.75	6.80	2.90
Woll-Musseline in entzück. Dessins	3.60	2.75	1.95
Pulloverstoffe letzte Neuheiten	1.95	1.45	98
Schotten doppeltbreit	3.80	2.60	1.35
Waschseiden in den neuesten Dessins	3.60	1.95	1.45
Crepe de Chine in 2 hochprima Spezial-Qualitäten, in großem Farbensortiment	8.90	6.50	
Rohseide in einfarbig und bedruckt	5.60	4.40	3.25

Hermann Pottmeyer am Markt.

Meine
Modellhut-Ausstellung
bringt
eine entzückende Auswahl in allen Preislagen.

Josefa Nientimp
Nordstr. 32.

Der Lenz ist da!

Die Natur erwacht
Erfreuet Alt und Jung mit ihrer Pracht.
Die holde ewig junge Frühlingssonne
Erfüllet jedes Menschenherz
Mit Hoffnung, Lust und Wonne.

Beim Einzug des Frühlings empfehle diese Woche ganz besonders preiswert schöne aparte Neuheiten in

Kleiderstoffen

wie z. B. Ripps, Popeline, Cheviot, Poloverstoff, Rohseide, Waschseide, Coline usw.

Strümpfe

aller und jeder Art in Wolle, Seidenflor, Waschseide, Kashemir und Baumwolle. Ferner empfehle Oberhemde, Einsatzhemde, Normalhemde, Makkohemde, Bieberhemde, Flanellhemde, Hautjacken, Hemdentuche, Bettmöbel, Bettkatun, Inlett, Schürzenstoff-Zephir Kaffeedecken, Tischtücher, Handtücher, Unterröcke, Strickwesten, Schirme, Taschentücher, Sportstutzen, Fantasiesocken, Selbstbinder, Hosenträger, Sportgürtel, Spitzen, Jestons, Haarbänder, Sockenhalter, Aermelhalter, Parfüms und Seifen in reichhaltiger Auswahl zu den denkbar niedrigsten Preisen. Donnerstag, Freitag, Samstag erhält Jeder trotz der billigen Preise ohne 1 Pfg. Aufschlag

umsonst

Bei Einkauf von 3 R.-Mk. an:	
2 Bogen Schmirgel	
3 Dtzd. Heftzwecke	
1 Port. Mottertabletten	
3 Päckchen Band	
Bei Einkauf von 6 R.-Mk. an:	
2 gute Spültücher	
1 schönes großes Taschentuch	
1 St. köstl. duft. Feinseife	

umsonst

W. M. Papenkort, Bocholt, Leopoldstraße

Heute Donnerstag von 5 Uhr an ist von 2 fetten Schweinen
Fleisch
zu haben, das Pfund zu 90 Pfg. bei
Josef Tebrock,
Dingdener Straße bei Lohes Fabrik.

Zwei frischmelkende rotbunte
Kühe
garantiert 20 Ltr. gebend, hat zu verk.
Heinr. Honsel
Gut Schulze-König
Bardingholt b. Rhede

Sauberes
Mädchen
für sofort gesucht.
Näh. Geschäftsstelle.

Mädchen
von 14 — 16 Jahren für ganze oder halbe Tage gesucht.
Näh. Geschäftsstelle.

Für 2 Personenhaushalt 15—16jähr.
Mädchen
per 1. oder 15. April gesucht.
Wäsche außer dem Hause.
Näheres in der Geschäftsstelle.

Auf dem Lande ein tüchtiges
Mädchen
gesucht. Für Küche Haus- und etwas Gartenarbeit.
Schweizer vorhanden.
Näh. Geschäftsstelle.

Zum sofortigen Eintritt 2 tüchtige
Näherinnen
für mein Anderungs-Atelier gesucht.
Hermann Pottmeyer, am Markt.

Ordentlicher
Ackerknecht
gesucht.
Wilh. Pletting,
Bardingholt.

Suche zum 1. Mai auf meinen Hof von 80 Morgen, einen braven, kath., jungen
Mann
von 17—20 Jahren, der Lust und Liebe zu Pferden hat, bei vollem Familienanschluß. Landwirtssohn bevorzugt.
Wilhelm Ostendorp,
Millingen, Kr. Rees.

KONFIRMATIONS-SCHUHE
in großer Auswahl.
Schuhhaus Böcker
Gasthausplatz.

NWK Wolle
Ameunwollen
Die altbewährte gute Strickwolle
Ueberall erhältlich! Auf Wunsch Bezugsquellen - Nachweis durch: Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld
Gegr. 1741

Teppiche, Portieren
wollene und Plüsch-Tischdecken
Chaiselonguedecken u. Bettdecken
werden tadellos chemisch gereinigt bei

J. Ingenschay
Casinowall 9. *Telefon Nr. 347.*

Achtung! Empfehle zum Frühjahr: Achtung!
Erstklassige Markenfahrräder
zu konkurrenzlosen Preisen.
Fahrräder von 58.- 75.- 95.- 105.-
Erleichterte Zahlungsbedingungen.
Sämtl. Reparaturen, Emaillieren und Vernickeln sauber und billig.
Franz Pattberg, Rheinstr. 55 (Fildeken).